

## 1258 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 20. 10. 1993

# Regierungsvorlage

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 1993 bewilligt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 1993 — BÜG 1993)

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Für verschiedene unabsehbare Maßnahmen werden Überschreitungen folgender Ausgabenansätze der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1993, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 185/1993, 518/1993 und 000/1993, genehmigt:

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
1/10006	Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Förderungen . . . . .	7,184
1/10008	Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Aufwendungen . . . . .	12,816
1/10038	Bundesgesetzblatt . . . . .	10,294
1/10203	Statistisches Zentralamt; Anlagen . . . . .	4,600
1/11178	Zivildienst; Aufwendungen . . . . .	15,000
1/11308	Bundespolizei; Aufwendungen . . . . .	65,000
1/11403	Bundesgarde; Anlagen . . . . .	5,000
1/11408	Bundesgarde; Aufwendungen . . . . .	108,000
1/12708	Allgemeinbildende höhere Schulen; Aufwendungen . . . . .	12,396
1/12908	Pädagogische Akademien; Aufwendungen . . . . .	1,500
1/12918	BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher; Aufwendungen . . . . .	1,265
1/13046	Filmwesen; Förderungen . . . . .	4,450
1/14138	Expertengutachten und Auftragsforschung; Aufwendungen . . . . .	12,000
1/14156	Gewerbliche Forschung; Förderungen . . . . .	96,952
1/14208	Universitäten; Aufwendungen . . . . .	409,576
1/15708	Landesinvalidenämter; Aufwendungen . . . . .	30,000
1/17908	Lebensmitteluntersuchungsanstalten; Aufwendungen . . . . .	2,600
1/17928	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.; Aufwendungen . . . . .	7,000
1/20006	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Förderungen . . . . .	0,477
1/20008	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Aufwendungen . . . . .	3,263
1/20036	Beiträge an internationale Organisationen; Förderungen . . . . .	22,000
1/20308	Österreichische Kulturinstitute; Aufwendungen . . . . .	6,500
1/30203	Justizbehörden in den Ländern; Anlagen . . . . .	26,400
1/40108	Heer und Heeresverwaltung; Aufwendungen . . . . .	14,300
1/50403	Finanzlandesdirektionen; Anlagen . . . . .	2,000
1/50408	Finanzlandesdirektionen; Aufwendungen . . . . .	9,500

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
1/52718	Öffentliche Abgaben; Verschiedene Kosten; Stempelmarken-Verkaufsvergütungen .....	24,000
1/52728	Öffentliche Abgaben; Verschiedene Kosten; Verfahrenskosten .....	3,000
1/54255	Bundesvermögen; Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen .....	5,719
1/54846	Bundesvermögen; Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen; Förderungen .....	250,000
1/60008	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Zentraleitung; Aufwendungen .....	45,000
1/60038	Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen; Aufwendungen .....	6,000
1/60068	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben .....	6,700
1/60078	Qualitätskontrolle; Aufwendungen .....	5,000
1/60098	Vollziehung des Forstgesetzes 1975; Aufwendungen .....	10,300
1/60366	Bundesministerium (Grüner Plan); Absatz- und Verwertungsmaßnahmen .....	1,030
1/60398	Bundesministerium (Grüner Plan); Sonstige Maßnahmen; Forschungs- und Versuchswesen .....	0,700
1/60508	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Aufwendungen .....	1,500
1/60578	Bundesanstalten für Tierzucht; Aufwendungen .....	4,100
1/60813	Öffentliches Wassergut; Anlagen .....	22,000
1/60908	Grenzbeschauerdienst; Aufwendungen .....	5,000
1/63008	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Zentraleitung; Aufwendungen .....	15,400
1/63108	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Verein „Österreich Werbung“ .....	7,346
1/63156	Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Förderungen .....	11,300
1/63158	Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Aufwendungen .....	5,000
1/63208	Österreichisches Patentamt; Aufwendungen .....	2,650
1/64218	Bundesstraßenverwaltung; Bundesstraße S; Aufwendungen .....	30,000
1/64408	Wasserstraßendirektion; Aufwendungen .....	6,000
1/64608	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Betriebskosten und Hauserfordernisse; Aufwendungen .....	10,000
1/64663	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Sonstige Liegenschaftsankäufe .....	5,608
1/64683	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Liegenschaftserwerb im Tauschwege .....	36,300
1/64698	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 FAG .....	4,000
1/64708	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 FAG .....	96,000
1/64718	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Aufwendungen .....	85,000
1/64723	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Anlagen .....	8,000
1/64728	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Aufwendungen .....	81,000
1/64753	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen .....	230,034
1/64758	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Aufwendungen .....	18,500
1/65028	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten; Aufwendungen .....	4,000
1/65118	Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr .....	9,000
1/65608	Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) .....	8,000
1/65638	Verkehrsverbund Linz (LVV) .....	22,719
1/65668	Verkehrsverbund Innsbruck .....	16,165
1/65678	Verkehrsverbund Vorarlberg .....	37,578
1/71133	Bundestheater; Sachausgaben; Anlagen .....	40,000
1/78358	Post- und Telegraphenverwaltung; Sachausgaben; Aufwendungen .....	325,000
	Insgesamt .....	2 394,722

## 1258 der Beilagen

3

§ 2. Die Bedeckung der im § 1 genehmigten Überschreitungen ist wie folgt sicherzustellen:

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
<b>a) Ausgabeneinsparungen</b>		
1/51800	Pauschalvorsorge für Personalausgaben; Personalausgaben für Bundesbedienstete . . . . .	<u>400,000</u>
<b>b) Rücklagenauflösung</b>		
2/51297	Kassenverwaltung; Rücklagen; Auflösung von Rücklagen. . . . .	<u>1 196,584</u>
<b>c) Einnahmen aus Kreditoperationen</b>		
Der restliche Überschreitungsbetrag von . . . . .		798,138
ist in Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken.		
Insgesamt . . .		<u>2 394,722</u>

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, unbeschadet der Befugnis der obersten Organe zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilveranschlages, der Bundesminister für Finanzen betraut.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Auch im Jahre 1993 sind bei den einzelnen Ressorts aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen Maßnahmen wirksam geworden oder zu setzen, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlag 1993 nicht voraussehbar bzw. in ihrer Auswirkung betragmäßig nicht genau abschätzbar waren.

Zu den wesentlichsten Maßnahmen zählen die Bereitstellung zusätzlicher Mittel an die VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. als Kostenersatz für den Neubau des AKH Wien (340 Millionen Schilling) sowie die Zahlungen auf Grund vorliegender Abrechnungen an die Stadt Wien für den klinischen Mehraufwand im AKH Wien (70 Millionen Schilling).

Weitere Überschreitungen entstehen vor allem im Bereich des Bundeshochbaues (519 Millionen Schilling), durch Zahlungsverpflichtungen an die DDSG (250 Millionen Schilling) sowie durch höhere Betriebsmittel bei der Post (325 Millionen Schilling).

Die Durchführung dieser Maßnahmen bedingt Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Bundesvoranschlag, wobei ein Teil durch Ausgabeneinsparungen sowie durch Auflösung von Rücklagen, der restliche Teil durch Einnahmen aus der Durchführung von Kreditoperationen bedeckt werden.

Die Überschreitungen sind bedingt durch vertragliche Verpflichtungen und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit.

Die von den Ressorts auf Grund dieses Sachverhaltes vorgelegten Überschreitungsanträge wurden, soweit sie der Genehmigung des Nationalrates bedürfen, in der Regierungsvorlage betreffend das Budgetüberschreitungsgesetz 1993 zusammengefaßt.

Millionen  
Schilling

Der Gesamtüberschreitungsbetrag in Höhe von rund ..... 2 395 kann durch Ausgabeneinsparungen in Höhe von rund ..... 400

	Millionen Schilling
in Rücklagenauflösungen von rund .....	1 197
sowie durch Einnahmen aus der Durchführung von Kreditoperationen von rund .....	798
bedeckt werden.	
Um ua. auch die Bedeckung der zuletzt erwähnten rund 0,8 Milliarden Schilling der gegenständlichen Überschreitungen sicherzustellen, wird in der ue. dem Nationalrat vorgelegten Regierungsvorlage betreffend eine Bundesfinanzgesetznovelle 1993 die Durchführung dementsprechender Kreditoperationen vorgesehen.	
Der Gesamtüberschreitungsbetrag von rund 2 395 Millionen Schilling gliedert sich wie folgt auf:	
<b>Unterrichts- und Wissenschaftsbereich:</b>	
Klinischer Mehraufwand sowie VA-MED bei Universitäten .....	410
Gewerbliche Forschung .....	97
Übriger Mehraufwand für Verwaltung und sonstige Zwecke .....	32
Zahlungsverpflichtungen an DDSG-Cargo GmbH und DDSG-Donaureisen GmbH .....	250
<b>Bauliche Maßnahmen:</b>	
Bundesstraßen .....	30
Liegenschaftsverwaltung einschl. -erwerb .....	56
Hochbau .....	519
Betriebsmittel für Post- und Telegraphenverwaltung .....	325
<b>Verschiedene Förderungsmaßnahmen:</b>	
Filmwesen .....	4
Beitragszahlungen an int. Organisationen .....	22
Sonstige .....	21
<b>Sonstige Verwaltungserfordernisse:</b>	
<b>Mehrbedarf bei den Aufwendungen:</b>	
Polizei und Gendarmerie .....	173
Zivildienst .....	15
Landesinvalidenämter .....	30
Land- und Forstwirtschaft .....	84
Verkehrsverbünde .....	84
Übrige Ausgaben .....	243
	<b>2 395</b>

## 1258 der Beilagen

5

Nähere Einzelheiten über diese Überschreitungen bzw. zu den zur Bedeckung der im § 1 ausgewiesenen Jahresansatzüberschreitungen zur Verfügung stehenden Ausgabeneinsparungen bzw. Rücklagenauflösungen enthalten die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Voranschlagsansätzen.

Durch dieses Überschreitungsgesetz erhöht sich der Abgang des allgemeinen Haushaltes um 798 Millionen Schilling, die Gesamtausgaben erhöhen sich um 2 Milliarden Schilling und die Gesamteinnahmen um 1,2 Milliarden Schilling.

Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes fallen unter den Begriff „Bewilligung des Bundesvoranschlages“ gemäß Art. 42 Abs.5 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Somit hat die Mitwirkung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren zu unterbleiben.

## II. Besonderer Teil

Zu § 1:

**VA-Ansatz 1/10006 „Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Förderungen“**

Der Austria Film- und Video Ges. m. b. H. soll für die Produktion von Filmen, die im Interesse der Republik Österreich liegen, eine Förderung anstelle eines Leistungsentgeltes gewährt werden. Es ist daher eine Umschichtung der beim VA-Ansatz 1/10008 für diesen Zweck veranschlagten Budgetmittel von 7,184 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/10008 „Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Aufwendungen“**

Im Hinblick auf die von der österreichischen Bundesregierung in Aussicht genommene Realisierung eines EG-Beitrittes Österreichs ist eine Intensivierung der Europa-Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung erforderlich.

Die im Bundesvoranschlag 1993 beim VA-Ansatz 1/10008 für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 47,850 Millionen Schilling sollen daher um 20 Millionen Schilling auf somit 67,850 Millionen Schilling aufgestockt werden. Ein Teilbetrag von 7,184 Millionen Schilling kann durch Minderausgaben beim VA-Ansatz 1/10008 bedeckt werden, sodaß die tatsächlichen Mehrausgaben beim vorgenannten VA-Ansatz 12,816 Millionen Schilling betragen.

**VA-Ansatz 1/10038 „Bundesgesetzblatt“**

Durch den Druck von umfangreichen Staatsverträgen und bilateralen Abkommen sind beim

Bundesgesetzblatt erhöhte Herstellungs- und Vertriebskosten entstanden, die von den Abonnenten teilweise erst im Jahr 1994 rückerstattet werden. Dafür ist ein zusätzlicher Betrag von 10,294 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/10203 „Statistisches Zentralamt; Anlagen“**

Für die Anschaffung von ADV-Hardware und Datenerfassungstischen sind zusätzliche Mittel von 4,600 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/11178 „Zivildienst; Aufwendungen“**

Seit dem Inkrafttreten der Zivildienstgesetznovelle 1991, BGBl. Nr. 675/1991, und die damit verbundene Abschaffung der Zivildienstkommission kommt es zu einem starken Ansteigen der Ansuchen auf Ableistung des ordentlichen Zivildienstes. Zur Abdeckung der dadurch entstehenden Kosten ist noch im Jahr 1993 ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 15 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/11308 „Bundespolizei; Aufwendungen“**

Bei den Aufwendungen der Bundespolizei kann mit dem veranschlagten Betrag nicht das Auslangen gefunden werden. Insbesondere bei den Aufwandsentschädigungen, den Dolmetschgebühren und den Mieten entstehen Mehrausgaben im Ausmaß von 35 Millionen Schilling. Da im Rahmen der Bundespolizei auch Zivildiener eingesetzt werden sind zusätzliche Ausgaben von 8 Millionen Schilling erforderlich. Mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1992 wurde eine Neufestsetzung des Massapauschales und der Massaeinlage durchgeführt. Die Mehrausgaben hießen betragen 7 Millionen Schilling. Seit Installierung der Bundesimmobiliengesellschaft hat die Bundespolizei für von ihr genutzte Liegenschaften Mieten zu zahlen. Für das Jahr 1993 fallen hießen zusätzliche Kosten von 15 Millionen Schilling an.

Die unbedingt erforderlichen Mehrausgaben im Jahre 1993 betragen insgesamt 65 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/11403 „Bundesgendarmerie; Anlagen“**

Bei den Anlagen der Bundesgendarmerie kann mit den vorhandenen Mitteln nicht das Auslangen gefunden werden. Im Zusammenhang mit dem dzt. laufenden Ausbau des EDV-Netzes der Bundesgendarmerie (GENDIS) sind noch im Jahr 1993 zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/11408 „Bundesgendarmerie; Aufwendungen“**

Als Folge der Ereignisse in Osteuropa entstehen für die Bundesgendarmerie enorme Kosten, die in

diesem Umfang nicht vorhersehbar waren. Insbesondere für Amtsausstattung, Ausrüstung, Treibstoffe, Ersatzteile für Fahrzeuge, Instandhaltung von KFZ, Transportkosten, Energiebezüge und Inlandreisen müssen hohe Beträge zusätzlich verausgabt werden. Durch die mit 1. Dezember 1992 erfolgte Erhöhung des Nachtdienstgeldes von 17 Schilling auf 20 Schilling pro Stunde als auch durch die Neufestsetzung des Massapauschales und der Massaeinlage für uniformierte Beamte entstehen hohe zusätzliche Kosten, die nicht veranschlagt werden konnten. Insgesamt beträgt der Mehraufwand bei diesem VA-Ansatz 108 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/12708 „Allgemeinbildende höhere Schulen; Aufwendungen“**

Der Mehraufwand bei diesem VA-Ansatz beträgt 12,396 Millionen Schilling und ist auf den erhöhten Bedarf bei den Energiebezügen, auf gestiegene Auslandzulagen sowie auf erforderliche Klassenvermehrungen und die damit verbundenen Mehrkosten zurückzuführen.

**VA-Ansatz 1/12908 „Pädagogische Akademien; Aufwendungen“**

Der Mehraufwand bei diesem VA-Ansatz beträgt 1,500 Millionen Schilling und ist auf die notwendige Fortführung des Bibliotheksorganisationssystems, das EDV-Unterstützungssystem für Pädagogische Akademien sowie für Zahlungen an die Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ zurückzuführen.

**VA-Ansatz 1/12918 „BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher; Aufwendungen“**

Für die Bedeckung des laufenden Aufwandes der Bildungsanstalten und zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung zur Refundierung der Personalkosten der Privatschulen der Stadt Wien sind zusätzliche Mittel in Höhe von 1,265 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/13046 „Filmwesen; Förderungen“**

Die dringend notwendige Sanierung der Filmstudios am Rosenhügel wird noch im laufenden Jahr in Angriff genommen. Für diesen Zweck sind Mittel in Höhe von 4,450 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/14138 „Expertengutachten und Auftragsforschung; Aufwendungen“**

Die zusätzlichen Mittel dieses Voranschlagsansatzes sind zur Finanzierung der medizinischen

Projekte im Zuge des 16 Monate dauernden russischen Langzeitfluges und auch für wichtige Projekte im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative unbedingt erforderlich. Das Mehrerfordernis für das laufende Jahr beträgt 12 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/14156 „Gewerbliche Forschung; Förderungen“**

Auf Grund der wirtschaftlichen Rezession sind rasche Investitionsschritte zur Konjunkturbelebung der österreichischen Wirtschaft erforderlich; der Forschungsförderungsfonds benötigt daher dringend weitere Mittel, um zusätzliche Innovationsprojekte durchführen zu können und dadurch die Erhaltung und Neuschaffung qualifizierter Arbeitsplätze im Wirtschafts- und Forschungsbereich zu gewährleisten. Der dafür erforderliche Mehraufwand beträgt 96,952 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/14208 „Universitäten; Aufwendungen“**

1. Die vorliegenden Abrechnungen des AKH Wien, LKH Innsbruck und Graz für den klinischen Aufwand erfordern im Jahre 1993 noch einen Betrag von 69,576 Millionen Schilling.

2. Auf Grund vertraglicher Verpflichtungen ist für die VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H im Rechnungsjahr 1993 noch ein Betrag von 340 Millionen Schilling bereitzustellen.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 409,576 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/15708 „Landesinvalidenämter; Aufwendungen“**

Der Mehraufwand bei diesem Ansatz beträgt 30 Millionen Schilling und ist auf die Erhöhung der Portogebühren ab 1. Jänner 1993 und auf die Zunahme der Bar- und Direktanweisungen zurückzuführen.

**VA-Ansatz 1/17908 „Lebensmitteluntersuchungsanstalten; Aufwendungen“**

Der Mehraufwand beträgt 2,600 Millionen Schilling und ist durch die Unterbringung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in den Universitätsgebäuden, Wien IX, Kinderspitalgasse 15 und Berggasse 11, auf Grund des Bundesimmobiliengesetzes, BGBl. Nr. 419/92, bedingt.

**VA-Ansatz 1/17928 „Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.; Aufwendungen“**

1. Infolge der Zunahme von Untersuchungen allgemein sowie infolge des gehäuften Auftretens

## 1258 der Beilagen

7

von Erkrankungen als Folge des Genusses von kontaminierten Lebensmitteln als auch durch beträchtliche Zunahme von Untersuchungen auf Grund des Arzneimittelgesetzes (Zulassungsverfahren, Nebenwirkungen von Arzneimitteln, Testung von Impfstoffen) besteht ein Mehrbedarf in Höhe von 5 Millionen Schilling.

2. Weiters sind durch die Unterbringung der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen sowie der BA für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen in Universitätsgebäuden (Wien IX, Zimmermannngasse 3 und Währinger Straße 13 a) auf Grund des Bundesimmobiliengesetzes (BGBl. Nr. 419/92) Mehrausgaben von 2 Millionen Schilling erforderlich.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 7 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/20006 „Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Förderungen“**

1. Für das Internationale Presseinstitut (IPI) ist für Mietzahlungen ein weiterer Betrag von 77 000 Schilling erforderlich.

2. Die österreichische Liga für die Vereinten Nationen erhält für die Dauer der Präsidentschaft des ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim eine zusätzliche Subvention, um die Kosten eines Büros in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in 1010 Wien, Annagasse 5, samt Sekretariatskraft bestreiten zu können. Für 1993 ist hiefür ein Betrag von 400 000 S vorgesehen.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 477 000 Schilling.

**VA-Ansatz 1/20008 „Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Aufwendungen“**

Im Zusammenhang mit der Unterbringung des Konfliktverhütungszentrums und anderen Institutionen der KSZE im Gebäude Kärntnerringhof in Wien entstehen einschließlich einmaliger Adaptierungskosten Mehrausgaben im Betrag von 3,263 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/20036 „Beiträge an internationale Organisationen; Förderungen“**

Bedingt durch die Wechselkursentwicklung (insbesondere des US-Dollars) sind für Beitragszahlungen an internationale Organisationen zusätzliche Mittel in Höhe von 22 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/20308 „Österreichische Kulturstiftung; Aufwendungen“**

Durch die Eröffnung zweier neuer Kulturstiftungen in Mailand und Prag entstehen Mehrausgaben vor allem bei Mieten und Auslandzulagen im Betrag von 6,500 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/30203 „Justizbehörden in den Ländern; Anlagen“**

Im Bereich der Justizbehörden ist noch im Jahr 1993 zur Erzielung einer größeren Effektivität der Arbeit die Anschaffung von weiteren ADV-Geräten sowie der dazugehörigen Arbeitsplätze (Möbel) notwendig. Weiters ist der teilweise Austausch von vorhandenen ADV-Geräten geplant, da diese nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen entsprechen.

Insgesamt sind hiefür Mehraufwendungen in Höhe von 26,400 Millionen Schilling unbedingt erforderlich.

**VA-Ansatz 1/40108 „Heer und Heeresverwaltung; Aufwendungen“**

Der im Laufe des Jahres 1993 installierten Bundesimmobiliengesellschaft wurde ua. die Rossauer-Kaserne zur Nutzung übergeben. Die hierdurch ab 1. Juli 1993 anfallende Miete beträgt bis Jahresende 14,300 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/50403 „Finanzlandesdirektionen; Anlagen“**

Der KSZE-Einsatz von Zollwachebeamten in Rumänien wurde verlängert bzw. wurde die Anzahl der dafür abgestellten Beamten von 2 auf 6 Personen erhöht. Die dafür erforderlichen Ausrüstungsgegenstände (Einsatzfahrzeuge, Satellitentelefon, Spezialbekleidung) wurden vorerst von den für den normalen Bedarf vorgesehenen Mitteln angeschafft. Um die im laufenden Jahr laut Voranschlag geplanten Beschaffungen durchführen zu können, sind noch 2 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/50408 „Finanzlandesdirektionen; Aufwendungen“**

1. Die mit Ministerrat beschlossene Erhöhung der Massaeinlage und Massapauschalien per 1. Jänner 1993, für die im Voranschlag nicht mehr vorgesorgt werden konnte, sind zusätzlich 2,500 Millionen Schilling erforderlich. Weiters werden für Anschaffungen von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern im Bereich der Zollwache — bedingt auch durch den KSZE-Einsatz — noch 1 Million Schilling benötigt.

2. Im Bereich der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen entstehen durch unaufschiebbare Anschaffungen von Einrichtungsgegenständen, Druckwerken sowie durch einen vermehrten Aufwand für Inlandsdienstreisen und Postsparkassengebühren Mehrausgaben in Höhe von 6 Millionen Schilling.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 9,500 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/52718 „Öffentliche Abgaben; Verschiedene Kosten; Stempelmarken-Verkaufsvergütungen“**

Die Einhebung der KFZ-Steuer durch Stempelmarken ist mit April 1993 ausgelaufen. Dadurch ergaben sich schwer kalkulierbare Verschiebungen bei den Prozentsätzen der Verkaufsvergütungen. Es entstand ein Mehrbedarf von 24 Millionen Schilling, wofür die gesetzliche Genehmigung benötigt wird.

**VA-Ansatz 1/52728 „Öffentliche Abgaben; Verschiedene Kosten; Verfahrenskosten“**

Mehrbedarf bei den Verfahrenskosten (Gerichtskosten, Beratungskosten und Werkverträge) in Höhe von 3 Millionen Schilling ist durch das Ansteigen der Insolvenzfälle bedingt.

**VA-Ansatz 1/54255 „Bundesvermögen; Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen“**

Zur Finanzierung ressortgebundener BUWOG-Wohnungen haben das Bundesministerium für Inneres 1,400 Millionen Schilling, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2 Millionen Schilling, das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 319 000 Schilling, das Bundesministerium für Justiz 1 Million Schilling und das Bundesministerium für Finanzen 1 Million Schilling als Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben von insgesamt 5,719 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/54255 zur Verfügung gestellt.

**VA-Ansatz 1/54846 „Bundesvermögen; Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen; Förderungen“**

Die vorgesehenen Privatisierungen der DDSG-Cargo GmbH (1. Jänner 1993) und der DDSG-Donaureisen GmbH konnten noch nicht realisiert werden, wobei insbesondere die Situation im ehemaligen Jugoslawien (zB Blockade der Donau, UNO-Embargo) eine gravierende Ergebnisbelastung — und einen entsprechend erhöhten Mittelbedarf — bewirkt hat.

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität ist daher eine zusätzliche Bereitstellung von Förderungsmitteln in Höhe von 250 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/60008 „Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Zentralleitung; Aufwendungen“**

Der Mehraufwand von 45 Millionen Schilling wird für die zusätzlichen Ausgaben von EG-Vorbereitungsmaßnahmen, wie vermehrte Auslandsdienstreisen, Übersetzungskosten, Erstellung von Gutachten und Einladung von EG-Experten, weiters für die Ausstattung von angemieteten Büroräumen und für Vergleichszahlungen nach dem Amtshaftungsgesetz sowie auf Grund von Menschenrechtsbeschwerden beim Europäischen Gerichtshof (Oberster Agrarsenat) benötigt.

**VA-Ansatz 1/60038 „Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen; Aufwendungen“**

Im Zuge der Realisierung des „Betriebskartenkonzeptes 2000“ ist die bundesweite Übernahme und Einrichtung einer einheitlichen ADV-Anwendung vorgesehen. Ein entsprechender Leistungsauftrag an das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum in Höhe von 6 Millionen Schilling ist daher notwendig.

**VA-Ansatz 1/60068 „Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben“**

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EG-Beitritt Österreichs sind verstärkte Informationen der bäuerlichen Bevölkerung über die Auswirkungen dieses Beitrittes auf die Landwirtschaft erforderlich. Weiters werden zusätzliche Mittel für die Information der Landwirte über die Direktzahlungen im Förderungsbereich benötigt. Das Gesamterfordernis beträgt 6,700 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/60078 „Qualitätskontrolle; Aufwendungen“**

Für die Durchführung der im Qualitätsklassengesetz vorgesehenen Kontrolle anlässlich des Importes der im Gesetz festgelegten Produkte sind zusätzliche Mittel von 5 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/60098 „Vollziehung des Forstgesetzes 1975; Aufwendungen“**

1. Auf Grund einer Borkenkäfermassenvermehrung, hervorgerufen durch anhaltende Hitze und Trockenheit der vergangenen Sommer, sind zusätz-

## 1258 der Beilagen

9

liche Bundesmittel für Ersatzvornahmen gemäß § 44 des Forstgesetzes 1975 in der Höhe von 200 000 Schilling erforderlich.

2. Darüber hinaus sind für nicht vorhersehbare Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42 lit. f Forstgesetz 1975 Bundesmittel von 10,100 Millionen Schilling dringend notwendig.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 10,300 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/60366 „Bundesministerium (Grüner Plan); Absatz- und Verwertungsmaßnahmen“**

Die Absatzbenachteiligung der österreichischen Apfelproduzenten, welche durch die Importe von „Granny Smith“ entstehen, sind gemäß einer Sozialpartnervereinbarung „Apfelpimportmodell“ durch entsprechende Marktentlastungsmaßnahmen auszugleichen. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt durch die aus den Importen resultierenden Zollmehreinnahmen in Höhe von 1,030 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/60398 „Bundesministerium (Grüner Plan); Sonstige Maßnahmen; Forschungs- und Versuchswesen“**

Die zusätzlichen Bundesmittel von 700 000 Schilling werden für die Vorarbeiten auf dem Gebiet der Sektorpläne für den Weinbereich benötigt.

**VA-Ansatz 1/60508 „Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Aufwendungen“**

Der Überschreitungsbetrag von 1,500 Millionen Schilling wird zur Führung einer zusätzlichen Klasse (Schülerheimgruppe) sowie für die Einrichtung eines Turnsaales an der Höheren Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung und eines Mädcheninternates an der Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalt St. Florian benötigt.

**VA-Ansatz 1/60578 „Bundesanstalten für Tierzucht; Aufwendungen“**

Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes an den Bundesanstalten Stadl und Wels wird ein Betrag in Höhe von 4,100 Millionen Schilling benötigt, da im Zuge der Ausgliederungsdiskussion dieser beiden Anstalten nur ein Teilbetrag des Jahresbedarfes 1993 veranschlagt wurde.

**VA-Ansatz 1/60813 „Öffentliches Wassergut; Anlagen“**

Für den Ankauf eines Grundstückes von der Bleiberger Bergwerks Union im Ausmaß von

8 631 m<sup>2</sup> in der KG Tibitsch wird ein Betrag von 22 Millionen Schilling benötigt.

**VA-Ansatz 1/60908 „Grenzbeschau Dienst; Aufwendungen“**

Durch den Abschluß von Werkverträgen betreffend die Überprüfung der phytosanitären Holzkontrolle sowie durch vermehrte Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde, bedingt durch die Importzunahme aus den Reformstaaten, sind zusätzliche Bundesmittel von 5 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/63008 „Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Zentralleitung; Aufwendungen“**

1. Gemäß Unternehmenskonzept der Österreichischen Donau-Betriebs-AG ist im Jahr 1993 mit einem Verlust von 28 Millionen Schilling zu rechnen. Zur teilweisen Abdeckung sind zusätzliche Mittel von 14 Millionen Schilling erforderlich.

2. Auf Grund der allgemeinen Preissteigerung und dem erhöhten Aufwand für Auslanddienstreisen, die im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt Österreichs erforderlich sind, entsteht ein Mehrbedarf von 1,400 Millionen Schilling.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 15,400 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/63108 „Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Verein Österreich Werbung“**

Zur Abdeckung des für das Jahr 1993 festgelegten Mitgliedsbeitrages an den Verein „Österreich Werbung“ sind zusätzliche Mittel in Höhe von 7,346 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/63156 „Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Förderungen“**

1. Im Bereich der Wirtschaftsförderung soll das Projekt „Aerogeophysikalische Messungen im Rahmen der Rohstoffforschung in Österreich“ finanziell unterstützt werden. Dafür sind zusätzlich 2,300 Millionen Schilling erforderlich.

2. Zur Abdeckung der Verpflichtungen gegenüber der Investitionskredit AG für die Top Aktion sind jährlich 400 Millionen Schilling erforderlich. Für das Jahr 1993 besteht dadurch ein Mehrbedarf von 9 Millionen Schilling.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 11,300 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/63158 „Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Aufwendungen“**

Für eine effiziente Durchführung von Managementberatungen im Rahmen der Ost-Hilfe sollen

10

1258 der Beilagen

Werkverträge abgeschlossen werden. Dadurch ergibt sich ein Mehraufwand von 5 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/63208 „Österreichisches Patentamt; Aufwendungen“**

Im Bereich der Musterregistrierung ist es erforderlich, die Bildnacherfassung mittels Werk-aufträgen durch Dritte durchführen zu lassen. Daraus ergibt sich ein Mehraufwand von 2,650 Millionen Schilling, der auf Grund der allgemeinen Preissteigerungen mit den vorhandenen Budgetmit-teln nicht abgedeckt werden kann.

**VA-Ansatz 1/64218 „Bundesstraßenverwaltung; Bundesstraßen S; Aufwendungen“**

Auf Grund eines dringenden Sanierungsbedarfes auf der S 31, Burgenlandschnellstraße zwischen Sieggraben und Weppersdorf (Spurrinnenausbesse-  
rung und Griffigkeitsverbesserung) werden zusätz-lich 30 Millionen Schilling benötigt.

**VA-Ansatz 1/64408 „Wasserstraßendirektion; Auf-wendungen“**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beabsichtigt die Methode der Stabilisie-  
rung der Donausohle durch Grobgeschiebezugabe zu untersuchen. Um die Kosten dieses Naturversu-ches abdecken zu können, sind im Jahr 1993 zusätzliche Mittel in Höhe von 6 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/64608 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Betriebskosten und Haus-erfordernisse; Aufwendungen“**

Neben den allgemeinen Preissteigerungen der grundstücksbezogenen Aufwendungen, wie zB für Energiekosten und Versicherungen, ergibt sich durch die Tatsache, daß Schneeräumungs- und Reinigungsarbeiten nunmehr an Fachfirmen vergeben werden, ein Mehraufwand von 10 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/64663 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Sonstige Liegenschaftsan-kaufe“**

Zum Erwerb des „Schindler-Hauses“ in Los Angeles, das zur Wohnversorgung von Kunststuden-ten in Amerika dienen soll, werden zusätzliche Mittel in Höhe von 5,608 Millionen Schilling benötigt.

**VA-Ansatz 1/64683 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Liegenschaftserwerb im Tauschwege“**

Für Zahlungen im Zusammenhang mit dem vor dem Abschluß stehenden Tauschvertrag mit der

Israelitischen Kultusgemeinde (8,200 Millionen Schilling) und im Zusammenhang mit dem Tausch-vertrag mit der Stadt Salzburg (28,100 Millionen Schilling) ergibt sich im Jahr 1993 ein Mehrbedarf in Höhe von insgesamt 36,300 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/64698 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 FAG“**

Um den Restansprüchen der Länder aus dem Jahr 1992 und den Ansprüchen aus dem laufenden Jahr nachkommen zu können, sind zusätzliche Budget-mittel in Höhe von 4 Millionen Schilling unbedingt erforderlich.

**VA-Ansatz 1/64708 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 FAG“**

Um den Ländern gemäß dem Finanzausgleichs-  
gesetz den getätigten Aufwand der Auftragsverwal-tung im Bundeshochbau mit 12% des Bauaufwandes abgelenen zu können, sind zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 96 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/64718 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Aufwendungen“**

Um dringende Instandhaltungsarbeiten an jenen Schulbauten, bei denen sich Verzögerungen bei der Übergabe an die BIG ergaben, im unbedingt notwendigen Umfang weiterführen zu können, sind zusätzliche Mittel in Höhe von 85 Millionen Schilling erforderlich.

**VA-Ansatz 1/64723 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Anlagen“**

Für die wirtschaftliche Fortsetzung von Bauvor-haben an Schulbauten, bei denen sich Verzögerun-  
gen bei der Übergabe an die BIG ergaben, ist der Einsatz zusätzlicher Mittel in Höhe von 8 Millionen Schilling notwendig.

**VA-Ansatz 1/64728 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Aufwendungen“**

Um dringende Instandhaltungsarbeiten an jenen Schulbauten, bei denen sich Verzögerungen bei der Übergabe an die BIG ergaben, im unbedingt notwendigen Umfang weiterführen zu können, werden zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 81 Millionen Schilling benötigt.

**VA-Ansatz 1/64753 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen“**

1. Für die Finanzierung des Neubaus der Bundespolizeidirektion Graz, Paulustorgasse, sind

## 1258 der Beilagen

11

zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 103,400 Millionen Schilling erforderlich.

2. Für die Errichtung und Erstausstattung des Betriebskindergartens in Wien, Vordere Zollamtsstraße, sind zusätzliche Mittel in Höhe von 26,634 Millionen Schilling erforderlich.

3. Um die rasche Realisierung der neuen Gerichtsorganisation, insbesondere im Bereich Wien, aber auch in den Bundesländern, wie zB die Inangriffnahme des Landesgerichtes Krems, des Bezirksgerichtes Tamsweg und die beschleunigte Weiterführung der Justizschule in Schwechat, sicherstellen zu können, sind zusätzliche Budgetmittel von 100 Millionen Schilling notwendig.

4. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 bis 3 beträgt 230,034 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/64758 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Aufwendungen“**

1. Für die Installierung von Brandschutzanlagen im Winterpalais des Prinzen Eugen sowie im Palais Questenberg werden im Jahr 1993 zusätzliche Budgetmittel von 8 Millionen Schilling benötigt.

2. Für die rasche Weiterführung der EDV-Ausbauarbeiten im Bereich der Finanz- und Zollämter ist ein zusätzlicher Betrag von 10 Millionen Schilling erforderlich.

3. Für dringende Umbauarbeiten im Joint Vienna Institut, Wien 3, Erdbergstraße, sind zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 500 000 Schilling dringend notwendig.

4. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 bis 3 beträgt 18,500 Millionen Schilling.

**VA-Ansatz 1/65028 „Fernmeldebehördliche Tätigkeiten; Aufwendungen“**

Auf Grund einer EG-Richtlinie wurden die hoheitsrechtlichen fernmeldebehördlichen Aufgaben mit 1. Jänner 1993 von der Post- und Telegraphenverwaltung an das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übertragen. Dies bedingt aus organisatorischen Gründen die Anmietung eigener Räumlichkeiten zur Unterbringung der Bediensteten der Fernmeldebehörde. Es sind zusätzliche Mittel von 4 Millionen Schilling notwendig.

**VA-Ansatz 1/65118 „Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr“**

Auf Grund des Bundesbahngesetzes 1992 sind die Wertansätze für das Vermögen der Österreichischen Bundesbahnen vom Bundesminister für

öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festzulegen. Weiters hat der Bund für eine ausreichende Kapitalausstattung zu sorgen. Zur Ermittlung dieser Vermögensansätze wurden Gutachten vergeben, aus denen sich das Mehrerfordernis von 9 Millionen Schilling ergibt.

**VA-Ansatz 1/65608 „Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)“**

**VA-Ansatz 1/65638 „Verkehrsverbund Linz (Lvv)“**

**VA-Ansatz 1/65668 „Verkehrsverbund Innsbruck“**

**VA-Ansatz 1/65678 „Verkehrsverbund Vorarlberg“**

Auf Grund von Attraktivierungsmaßnahmen bei den obgenannten Verkehrsverbünden und der dadurch bedingten verstärkten Inanspruchnahme ergeben sich höhere Durchtarifierungsverluste. Damit sind auch höhere Beiträge der jeweils an der Finanzierung der Verkehrsverbünde beteiligten Gebietskörperschaften verbunden. Die Überschreitungen betragen 8 Millionen Schilling (VA-Ansatz 1/65608), 22,719 Millionen Schilling (VA-Ansatz 1/65638), 16,165 Millionen Schilling (VA-Ansatz 1/65668) und 37,578 Millionen Schilling (VA-Ansatz 1/65678).

**VA-Ansatz 1/71133 „Bundestheater; Sachausgaben; Anlagen“**

Um im Zuge der Generalsanierung der bühnen-technischen Anlagen aller Bundestheater den Sicherheitsbedingungen zu entsprechen und einen reibungslosen Spielbetrieb zu gewährleisten, sind im Rahmen des Investitionsprogrammes bei diesem VA-Ansatz zusätzliche Mittel in Höhe von 40 Millionen Schilling unbedingt erforderlich.

**VA-Ansatz 1/78358 „Post- und Telegraphenverwaltung; Sachausgaben; Aufwendungen“**

Das Mehrerfordernis von 325 Millionen Schilling begründet sich zu einem erheblichen Teil mit der Wartung der OAM-Systeme, deren Art und Umfang zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht bekannt war. Neben den höheren Kosten für die Instandhaltung von Fernmeldeanlagen durch Dritte zeigt sich noch eine in Verbindung mit der Bezugserhöhung zum 1. Jänner 1993 stehende Steigerung der Nebengebühren sowie eine nicht vorhersehbare Zunahme des Aufwandes für die Herstellung von Briefmarken, Sondermarken, Telefonwertkarten usw.

**Zu § 2:****VA-Ansatz 1/51800 „Pauschalvorsorge für Personalausgaben; Personalausgaben für Bundesbedienstete“**

Im Bundesvoranschlag 1993 konnte für eine Bezugserhöhung für die öffentlich Bediensteten neben Ausgabenrückstellungen gemäß Art. XVI des Bundesfinanzgesetzes 1993 nur pauschal im Rahmen des Kapitels 51 „Kassenverwaltung“ vorgesorgt werden, da die Verhandlungen darüber erst nach der Budgeterstellung abgeschlossen wurden. Im Budgetvollzug zeigt sich nunmehr, daß auf Grund einer sparsamen Bewirtschaftung die budge-täre Vorsorge für die Bezugserhöhung nicht im vollen Umfang benötigt wird. Für Bedeckungszwecke steht daher ein Betrag von 400 Millionen Schilling zur Verfügung.

**VA-Ansatz 2/51297 „Kassenverwaltung; Rücklagen; Auflösung von Rücklagen“**

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen.

Da Teilbeträge der allgemeinen Rücklage im Bereich der Zentralleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (1,600 Millionen Schilling), der landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten (1,500 Millionen Schilling) und der Österreichischen Bundesbahnen (1,292 Millionen Schilling), der besonderen Rücklage für die Förderung der Weinwirtschaft (700 000 Schilling) sowie der Rücklage aus zweckgebundenen Einnahmen der Österreichischen Bundesbahnen (1 191,493 Millionen Schilling), somit insgesamt 1 196,585 Millionen Schilling, nicht mehr benötigt werden, können sie für allgemeine Bedeckungszwecke verwendet werden.